

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Selbstmord

New Delhi (spk) Ein Tamile aus Sri Lanka, den die indische Polizei als mutmasslichen Drahtzieher hinter der Ermordung von Ex-Premier Rajiv Gandhi suchte, hat am Dienstag morgen in Südindien nach einem Feuergefecht mit der Polizei Selbstmord begangen. Nach einem 15minütigen Schusswechsel mit der Polizei habe der Mann zusammen mit Mitstreitern Zyankali geschluckt.

### Autobombe

Madrid (spk) Eine Autobombe hat an einer Mautstation der Autobahn Bilbao - Zaragossa grossen Schaden angerichtet. Der Anschlag, welcher der basikischen Terrororganisation ETA zugeschrieben wird, galt offenbar einem nahen Gebäude der Guardia Civil. Die Autobombe riss ein zwei Meter tiefes Loch in den Parkplatz, wo der Wagen abgestellt worden war. Die Mautstation wurde schwer beschädigt, ein Kassierer leicht verletzt.

### Arap Moi bleibt stur

Nairobi (spk) Kenias Staatspräsident Daniel Arap Moi hat die Forderung nach Einführung eines föderalen Regierungssystems scharf zurückgewiesen. Der Föderalismus würde das Land spalten und ins totale Chaos führen, meinte Moi nach Presseberichten vom Dienstag. Föderalismus und Mehr-Parteien-System seien eine «ausländische Ideologie», die in Kenia zur Anarchie führen würde.

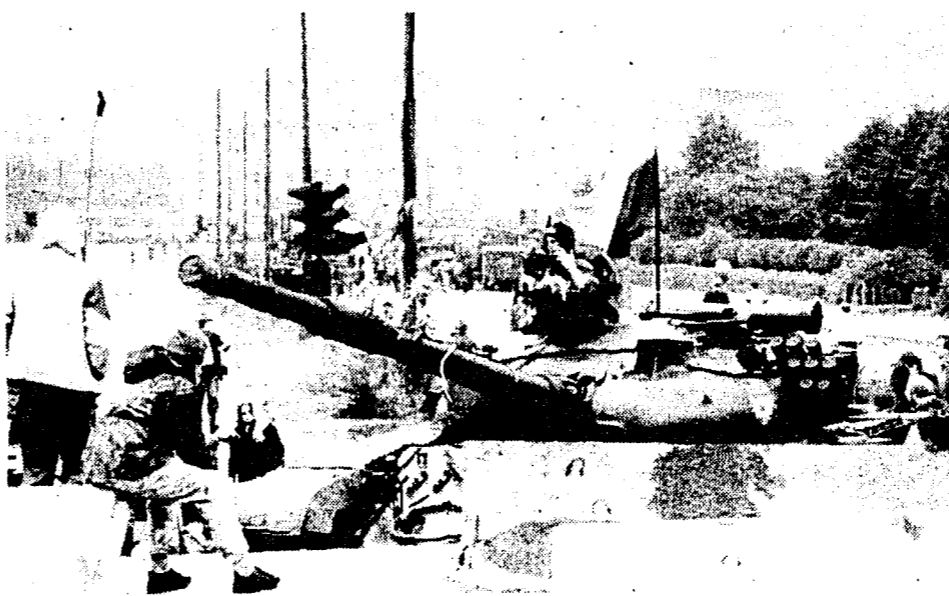
## Mehrere hunderttausend Menschen trotzen der neuen Sowjetführung

Jelzin stellt Ultimatum - Treffen mit Gorbatschow verlangt - Streiks in mehreren Industrieregionen - Aufrufe zu zivilem Ungehorsam

Moskau (AP) Einen Tag nach dem Sturz des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow haben am Dienstag mehrere hunderttausend Menschen auf Kundgebungen und mit Streiks gegen die neue Sowjetführung demonstriert. Trotz eines Verbots des Notstandskomitees forderten sie in Moskau, Leningrad, in Moldawien und anderen Teilen der UdSSR die Ablösung der neuen Machthaber und erklärten ihre Unterstützung für Gorbatschow und den russischen Präsidenten Boris Jelzin. Dieser rief das Notstandskomitee ultimativ dazu auf, innerhalb von 24 Stunden eine Begegnung mit Gorbatschow zu ermöglichen.

Jelzins Stellvertreter Alexander Ruzkoi traf am Dienstag vormittag mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Alexander Lukjanow, zusammen. Anschliessend sagte Ruzkoi vor Journalisten, Gorbatschow halte sich weiterhin in seinem Ferienhaus auf der Krim auf. Möglicherweise werde schon bald ein Treffen mit dem Präsidium des russischen Parlaments ermöglicht, fügte er hinzu. Lukjanow werde sich bei den Mitgliedern des Notstandskomitees für ein solches Treffen einsetzen. Lukjanow habe mitgeteilt, dass Gorbatschow unter erhöhtem Blutdruck und Rückenschmerzen leide, sonst aber bei guter Gesundheit sei.

Jelzin verlangte am Dienstag von den neuen Machthabern im Kreml, ein Treffen der russischen Führung mit Gorbatschow innerhalb 24 Stunden zu ermöglichen. Jelzins verlangte auch eine medizinische Untersuchung Gorbatschows durch internationale Ärzte innerhalb von



Einer von zehn Panzern, geschmückt mit der alten russischen Fahne, gestern bei der Bewachung des Gebäudes der russischen Föderation. Der Panzeraufmarsch erfolgte aufgrund des Aufrufs von Präsident Jelzin und ist Zeichen des Protests gegen den Militär-Coup. (AP-Funkbild)

drei Tagen. Wenn er dabei für gesund erklärt werde, müsse Gorbatschow erlaubt werden, seine Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen.

Der Reformpolitiker stellte einen Katalog von Forderungen vor, die unter anderem die Wiederherstellung der Pressefreiheit, die Rückkehr aller Truppen in die Kasernen, die Wiederherstellung der Telefonverbindungen zu den Büros der russischen Regierung und die Aufhebung des Ausnahmezustands in Russland während der am Mittwoch beginnenden Sitzungsperiode des russischen Parlaments beinhalten.

### 400 000 Demonstranten in Moldawien

In Leningrad strömten bis Dienstag mittag rund 200 000 Menschen auf den Platz vor dem Winterpalast und bekundeten ihre Unterstützung für den am Montag abgesetzten Bürgermeister Anatoli Sobtschak. Mehr als 30 000 Demonstranten protestierten vor dem Gebäude des russischen Parlaments gegen die von orthodoxen Kommunisten, dem Militär und dem Geheimdienst KGB getragene neue Staatsführung. «Wir sind sicher, dass die Demokratie triumphieren wird», rief der russische Abgeordnete Gleb Jakunin den Versammelten zu.

In der Nacht von Montag auf Dienstag hatten Tausende von Anhängern Jelzins den von Panzern umstellten Platz vor dem Parlamentsgebäude bewacht. Dort stellten sich am späten Montagabend die ersten Soldaten der sowjetischen Armee offen auf die Seite Jelzins: Zehn Panzer der Tamanskaja-Division fuhren auf dem Platz auf und wurden von der Menschenmenge begeistert begrüsst. Die Umgebung des Kremls blieb am Dienstag von den Streitkräften massiv abgeriegelt.

In der moldawischen Hauptstadt Kischinew drängten sich nach Angaben des Fernsehens der Republik 400 000 Demonstranten. Die Veranstalter der Protestkundgebung, darunter die Führung der nach Unabhängigkeit strebenden Republik, verlangte in einer Resolution den Rücktritt des achtköpfigen Notstandskomitees und die Wiedereinsetzung Gorbatschows in das Amt des Staatspräsidenten. (AP-Funkbild)

Im sibirischen Kohlebecken von Kusnezsk und in Workuta im Fernen Osten folgten Bergarbeiter dem Streikaufruf Jelzins. «20 von 101 Kusnezker Gruben blieben nach Angaben der Betriebsführung geschlossen. Auch im ukrainischen Donez-Kohlerevier wurden Vorbereitungen zum Ausstand getroffen. Studenten in Kiew kündigten einen Hungerstreik an. Für Dienstag wurde eine Sondersitzung des ukrainischen Parlaments einberufen. In der fernöstlichen Hafenstadt Nahodka rief die Stadtverwaltung die Bürger auf, den Anordnungen des Notstandskomitees nicht Folge zu leisten.

## Die LGU fordert vermehrt Lenkungsmassnahmen für Umweltschutz

Förderung von umweltverträglicherem Verhalten durch gesetzliche Vorschriften - Appell an Verantwortung aller, sich für die Umwelt einzusetzen

(G.M.) - Die bisher getroffenen Massnahmen der Behörden genügen nach Auffassung der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) nicht, um eine bessere Luftqualität zu erreichen. Zumindest reichen sie nicht aus, wie in den neuesten LGU-Nachrichten ausgeführt wird, um die Luftqualität der fünfziger Jahre wieder herzustellen, was als Zielsetzung angesehen wird bis zum Jahre 2000.

Anlass zu einer pessimistischen Betrachtung der derzeitigen Situation und zur Forderung nach verstärkten gesetzlichen Massnahmen bildet für die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) die Überschreitung der Ozon-Grenzwerte in den Sommermonaten. Zwar räumt die LGU ein, dass gewisse Erfolge in der Luftreinhaltung erzielt worden seien, beispielsweise durch strengere Abgasvorschriften für Motorfahrzeuge und Feuerungsanlagen. Doch erachtet es die LGU als «bedauerlich», dass wir heute ein Ozonproblem haben,

welches mit rechtzeitigen, energischen Massnahmen in dieser Form gar nicht auftreten müsste».

### Verschärfung der Vorschriften

Der Vernehmlassungsbericht der Regierung, der eine Verschärfung der Luftreinhaltungsverordnung vorsieht, wird von der LGU zwar begrüsst, doch gibt sie zu verstehen, dass auch die neu vorgeschlagenen Massnahmen nicht genügen werden, um die Luftqualität der fünfziger Jahre wieder herzustellen. Die LGU richtet deshalb auch einen Appell an alle, die Verantwortung für die Umwelt wahrzunehmen und selbst auch etwas für die Umwelt beizutragen: «Gerade in bezug auf die Luftverschmutzung können wir einen Beitrag leisten, indem wir möglichst wenig Energie verbrauchen, da jeder Energieverbrauch auf die eine oder andere Weise die Luft belastet. Wir sollten aber auch erwiesenermassen schädliche Stoffe vermeiden, wie beispielsweise lösungsmittelhaltige Produkte.»

### Einführung von Lenkungsmassnahmen

Die LGU schlägt die vermehrte Einführung von Lenkungsmassnahmen zur Förderung umweltverträglichen Verhaltens vor. Umweltfreundliches Verhalten sollte nach ihrer Auffassung gesetzlich gefördert werden, doch sei vorerst in vielen Fällen noch das Gegenteil der Fall: So werde die Benützung des Autos im Berufspendelverkehr steuerlich begünstigt, der Stromtarif bei Grossverbrauch günstiger. Ausserdem ist die LGU der Ansicht, dass die Energiepreise «indirekt subventioniert» werden. Um die gesamten Kosten, die der Verkehr verursacht, abdecken zu können, müsste der Benzinpreis verdoppelt bis verdreifacht werden.

### Kilometerabhängige Motorfahrzeugsteuer

Die Reparaturkosten für die Umwelt sind nach Darstellung der LGU in den Energiepreisen nicht enthalten, womit sich die Zielsetzung aufdränge, die Folgekosten auf den Energiepreis aufzuschla-

gen und zusätzliche Lenkungsmassnahmen zu ergreifen, um umweltfreundliches Verhalten zu fördern. Konkret fordert die LGU die Einführung von Lenkungsabgaben auf flüchtige organische Verbindungen als Mitverursacher des Ozon-Problems, wodurch umweltfreundliche Produkte finanziell interessanter würden. Ferner fordert sie die Einführung einer kilometerabhängigen Motorfahrzeugsteuer nach dem Motto: «Wer viel fährt, soll auch viel zahlen!» Eine weitere Forderung betrifft die Umkehrung des Stromtarifs, so dass Wenig-Verbraucher einen billigeren Tarif hätten, grosse Stromverbraucher jedoch mehr zu zahlen hätten. Ausserdem sollten umweltfreundliche, erneuerbare Energien finanziell durch den Staat gefördert werden. Unternehmen und Private, die freiwillig das gesetzliche Minimum deutlich übertreffen, sollten Unterstützung erhalten. Schliesslich fordert die LGU auch die steuerliche Absetzbarkeit von Energiespar- und Luftreinhaltmassnahmen.

## EG-Aussenministertreffen in Den Haag

Den Haag (AP) Die Aussenminister der Europäischen Gemeinschaft sind am Dienstag vormittag in Den Haag zu einer Krisensitzung über die Lage in der Sowjetunion zusammengekommen. Auf der Tagesordnung des Treffens, das am Montag von der niederländischen EG-Ratspräsidentschaft einberufen worden war, steht das künftige Verhältnis der Gemeinschaft zur UdSSR nach dem Sturz von Präsident Michail Gorbatschow.

Bei den Beratungen wird es nach Einschätzung Brüsseler Experten vor allem darum gehen, ob die EG die Sowjetunion in den vergangenen Monaten zugesagten Hilfen sperrt. Dazu zählen technische Unterstützungsmassnahmen im Wert von 800 Millionen Mark, Nahrungsmittel im Wert von 500 Millionen sowie Kreditgarantien in Höhe von einer Milliarde Mark.

## Die Drogenpolitik im Visier

Ständeratskommission für Revision des Betäubungsmittelgesetzes

Bern (spk) Die Drogenpolitik in der Schweiz soll einheitlicher werden. Dieses Ziel wird über eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes angepeilt. Die vorberatende Kommission des Ständerates für Gesundheit und Umwelt hat einer entsprechenden Motion des Nationalrates vom September 1990 zugestimmt, wie einer Mitteilung der Parlamentsdienste vom Dienstag zu entnehmen ist.

Die Kommission unter dem Vorsitz von Ständerat André Gautier (LP/GE) beschäftigte sich an zwei Tagen mit der aktuellen Lage und den Möglichkeiten einer Drogenpolitik des Bundes. Unter anderem diskutierte sie auch eine Motion des Nationalrates, die die Revision des Betäubungsmittelgesetzes verlangt. Die Kommission des «Stöckli» entschied, ihrem Rat die Zustimmung zur Motion zu

empfehlen. Darüber hinaus wünscht sie eine Debatte, da eine einheitliche, gesamtschweizerische Drogenpolitik notwendig sei.

Die sehr allgemein gehaltene, vom Nationalrat in der Herbstsession 1990 verabschiedete Motion verpflichtet den Bundesrat, eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes in Gang zu setzen. Dieser Motion war in der Grossen Kammer mit 84:37 Stimmen der Vorzug gegeben worden vor einer Parlamentarischen Initiative von Paul Rechsteiner (SP/SG), die eine generelle Strafbefreiung des Eigenkonsums von Drogen angestrebt hatte.

Die Initiative wurde im Rat mit 94:35 Stimmen abgelehnt.

## 2,1 Milliarden für Forschungsförderung

Bern (spk) Die Forschung soll in der Schweiz in den Jahren 1992 bis 1995 mit über 2,1 Mrd Franken gefördert werden. Nach dem Ständerat in der vergangenen Sommersession stimmte nun auch die vorberatende Kommission des Nationalrates oppositionslos der entsprechenden Vorlage zu.

Wissenschaftliche Forschung und Mikroelektronik sollen demnach in der nächsten Legislaturperiode mit 2,11 Mrd Franken gefördert werden, was praktisch einer Verdoppelung der bisherigen Bundesmittel gleichkommt. Der Hauptteil fällt mit über 1,24 Mrd Franken dem Nationalfonds zu. 357 Mio Franken sind für verschiedene Schwerpunktprogramme vorgesehen, um die technologische Stellung der Schweiz in Schlüsserbereichen zu stärken.

### Militärkolonne drang in Tallinn ein

Unterdessen gingen die neuen Machthaber verstärkt gegen die baltischen Republiken vor, um dort wie angekündigt die Autorität der Moskauer Zentrale wiederherzustellen. So besetzten sowjetische Truppen am Dienstag morgen das zentrale Rundfunkgebäude und das Telegraphenamt in der lettischen Hauptstadt Riga. Wie die unabhängige Russische Informationsagentur aus Riga meldete, drangen Angehörige der Sondereinheit der Schwarzen Barette auch in die Zentrale der lettischen Volksfront ein.

## Symposium über Naturschutz 1991

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umwelt (LGU) plant die Durchführung eines Naturschutz-Symposiums auf den 18./19. Oktober 1991. Als Gründe für die Durchführung des Symposiums nennt die LGU zum einen die «roten Zahlen», welche die Natur seit vielen Jahren schreiben müsse, zum anderen die in Aussicht gestellte Neufassung des Naturschutzgesetzes, die Stagnation in der Naturschutzpolitik und die Tatsache, dass in den letzten Jahren auf wissenschaftlicher Ebene neue Konzepte für den Schutz der Natur entwickelt und ausprobiert worden sind.

Vorgesehen sind für das Naturschutz-Symposium die Abhaltung von verschiedenen Grundsatzreferaten sowie eine Exkursion in das Bannriet auf dem Gebiete der Gemeinden Eschen und Gamprin.

## DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan - Vaduz

Lavallée-Trauben  
1-kg-Schale  
Fr. 2.95

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.